

vom 29.09.2022

Kritik an der Baupolitik des Senats: Hauptsache Wohnungen?

Ein Bündnis von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden fordert den Senat auf, Wohnungen nicht weiter auf Kosten von Grünflächen zu bauen.



„Bauen, bauen, bauen – und nicht so viel an Bäume denken“, das scheint das Motto der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey und ihres Bausenators Andreas Geisel (beide SPD) zu sein Foto: picture alliance/dpa | Annette Riedl

„Man hat uns regelrecht ausgetrickst“, sagt Nick Meißner von der „Bürgerinitiative auf dem lichten Berg“. Er vertritt AnwohnerInnen, die von einem Neubauprojekt der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Howoge an der Lichtenberger Atzpodienstraße regelrecht überrumpelt wurden: „Mitte Februar bekamen wir per Informationsbrief mitgeteilt, dass ein Neubau mit 50 Wohnungen geplant sei. Sechs Tage später wurden 16 Bäume gefällt, die teils 40 Jahre alt waren.“

Auf eilig gestellte Anfragen habe die Howoge nicht geantwortet, so Meißner, außerdem habe das Bezirksamt die Genehmigung zur Fällung der Bäume erteilt, obwohl die Baugenehmigung noch gar nicht vorgelegen habe. Die AnwohnerInnen hätten ohne jegliche Möglichkeit zur Beteiligung „eine kleine Oase der Ruhe und auch der Natur“ verloren.

Anzeige

Im Fall von Axel Matthies, Mitglied der Bürgerinitiative „Grüne Höfe Hellersdorf Süd“, ist es theoretisch noch nicht zu spät – viel Hoffnung haben er und seine MitstreiterInnen aber nicht: Zwei große baumbestandene Innenflächen der Plattenbau-Blöcke an der Bodo-Uhse-Straße und der Lily-Braun-Straße will die ebenfalls landeseigene Gesellschaft Stadt und Land mit je 150 Wohnungen

bebauen. „Die Bäume sollen im Herbst oder Winter geschreddert werden“, sagt Matthies. Die Menschen seien „irritiert und verzweifelt“, ihre „grünen Erholungsinseln und sozialen Lebensräume werden zerstört“ und eine „erdrückende Enge erzeugt“.

Diese und weitere Fallbeispiele hat am Mittwoch das [„Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung“ \(BBNS\)](#) vorgestellt, in dem sich rund 30 Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben. Unterstützt werden sie in ihrem Kampf gegen die Rodung und Bebauung grüner Höfe durch die Umweltverbände BUND und Nabu sowie die Gruppe Architects for Future. An die Öffentlichkeit gehen die Bündnismitglieder jetzt, weil am 1. Oktober das saisonale geltende Baumfällverbot endet. Sie befürchten, dass dann für die allgegenwärtigen Wohnungsbauvorhaben die Kettensägen heißlaufen werden.

Die eigene Stimme vermisst

Gerade haben sie einen [offenen Brief an Bausenator Andreas Geisel \(SPD\)](#) geschrieben, den sie dringend zu einem Bau-Moratorium der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aufrufen. Anstatt vorhandene und dringend benötigte Grünflächen in Wohnanlagen zu überbauen, müssten „alle anderen Möglichkeiten der Schaffung von günstigem Wohnraum“ ausgeschöpft und Neubaupläne auf deren Klimatauglichkeit geprüft werden. Eine weitere Forderung an Geisel ist die nach „echter Partizipation“ der BürgerInnen. „Wir sind auch Teil des kommunalen Eigentümers“, heißt es im Brief, „wo bleibt unsere Stimme?“

Ein Kernproblem aus Sicht des BBNS: Große Teile des Berliner Ostens gelten seit der Wiedervereinigung als „unbeplanter Innenbereich“, auf den der §34 Baugesetzbuch, der sogenannte „Lückenschlussparagraf“ angewandt werden kann. Dabei bedarf es keines „qualifizierten Bebauungsplans“, vielmehr können die Gesellschaften relativ freihändig entscheiden, ob und wie sie vorhandene Freiflächen, oft innerhalb von Großsiedlungen, verdichten. Eine Ungerechtigkeit, die das Bündnis möglichst rasch beendet sehen will. Es brauche Bebauungspläne, die unter Beteiligung der AnwohnerInnen entwickelt würden und bereits versiegelte Flächen in Anspruch nähmen oder aber vorhandene Gebäude aufstockten.

Die Antwort des Sprechers der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Martin Pallgen, auf eine taz-Anfrage zur Problematik liest sich inhaltlich gar nicht so anders: Auch er spricht von der Notwendigkeit, „höher und dichter“, dabei aber „ökologisch verantwortungsbewusst“ zu bauen. Gleichzeitig, so Pallgen, sei „eine Unternutzung von Baugrundstücken schon aus ökologischen Gründen ausgeschlossen“, denn sie führe „an anderen Stellen zu mehr Flächenverbrauch“. Das kann man auch als Zielkonflikt mit dem Bedürfnis der BewohnerInnen nach Freiflächen verstehen.

„Es braucht neue Regeln“

Den Aspekt des urbanen Klimaschutzes brachte am Mittwoch BUND-Baumexperte Christian Hönig ein: Berlin ruhe sich auf seinem Ruf aus, die grüne Metropole Europas zu sein, so Hönig. Dieses Pfund sei aber „schnell verspielt“. Wer schnell viele neue Wohnungen bauen wolle – das wohl wichtigste Mantra des Giffey-Senats –, der müsse gleichzeitig für ausreichend Freiflächen, Entsiegelung und den Schutz vernetzter Lebensräume von Tieren und Pflanzen sorgen. „Berlin liegt da weit zurück, es braucht ein neues Konzept und neue Regeln“, sagte Hönig: eine reformierte Baumschutzverordnung etwa, die Fällungen nicht quasi automatisch legitimiert, sobald es um ein Bauvorhaben geht.

Anzeige

Aber wäre es im Sinne des Klimas nicht eigentlich angesagt, über die Grenzen des (Bevölkerungs-)Wachstums zu reden, anstatt zu versuchen, das „Bauen, Bauen, Bauen“ nachhaltiger zu gestalten? Hönig ist da skeptisch: „Es wollen eben viele Menschen nach Berlin ziehen, und es werden Baumaßnahmen notwendig sein.“ Das Land Berlin könne den Zuzug auch nicht wirklich regulieren,

weshalb es darauf ankomme, eine „doppelte Innenentwicklung“ voranzutreiben: „Verdichten, wo es sinnvoll ist, und gleichzeitig das Stadtgrün aufwerten.“

Freya Beheshti von der Kreuzberger Mietergemeinschaft „Tabor9 – Rettet die Gärten“ sieht das etwas anders: „Man sollte den Senat durchaus dazu verpflichten, die Diskussion über den weiteren Zuwachs zu führen“ meint sie. „Die Zielzahlen beim Wohnungsbau werden ja noch nicht einmal diskutiert.“

Beheshtis Initiative ist eine der wenigen im Bündnis, die es geschafft hat, ein Verdichtungs-Projekt zu stoppen – wohlgernt im Westen der Stadt und bei einem privaten Eigentümer. Nachdem durch öffentlichen Druck sogar die BVV Friedrichshain-Kreuzberg eine Resolution zum Erhalt des langjährigen Mietergartens in der Taborstraße verabschiedete, verzichtete die der katholischen Kirche gehörende Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft (SWG) auf den Lückenschluss im Hinterhof – nicht ohne in einer Pressemitteilung das „durch Individualinteressen bestimmte Klima“ zu beklagen.

Berliner Zeitung

vom 29.09.2022

Wohnungsnot in Berlin :

„Schluss mit dem Abholzen grüner Innenhöfe!“

Berliner Innenhöfe müssten trotz Wohnungsnot erhalten bleiben, mahnt ein Zusammenschluss von Mieterinitiativen – und fordert Umkehr in der Neubaupolitik.



imago/Shotshop

Bäume in den Höfen sind wichtig für ein gutes Klima.

Kurz vor Beginn möglicher Baumfällungen ab 1. Oktober hat sich ein Bündnis von Umweltverbänden und Mieterinitiativen am Mittwoch für den Erhalt grüner Innenhöfe und eine geänderte Neubauplanung in Berlin ausgesprochen. „Viele Bäume und Grünflächen sind akut gefährdet“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. „Und das, obwohl im Land Berlin seit 2019 die vom Senat ausgerufene Klimanotlage besteht.“ Senat und Bezirke sollten keine Rodung und Bebauung von Grünflächen, sozial genutzten Freiflächen und grünen Innenhöfen mehr zulassen. Der Senat solle ein entsprechendes Moratorium erlassen.

„Die Innenhöfe haben nicht nur erhebliche Bedeutung für Klimasicherheit und Artenvielfalt, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt und aktive Nachbarschaften in der Hauptstadt“, sagte die Sprecherin des Berliner Bündnisses Nachhaltige Stadtentwicklung, Britta Krehl. In dem Bündnis haben sich 30 Bürgerinitiativen aus Berlin zusammengeschlossen, die sich gegen Projekte der Nachverdichtung und Versiegelung zur Wehr setzen.

„Solange nicht alle anderen Potenziale auf bereits versiegelten Flächen ausgeschöpft sind, dürfen begrünte Innenhöfe nicht bebaut werden“, fordert Carola Krauss vom Naturschutzbund (Nabu). Auch wenn in den Höfen zumeist eher häufige Vogel- und andere Tierarten vorkämen, seien sie für viele Anwohner doch ein „wichtiger und mitunter der einzige erreichbare Ort, der ein Naturerleben möglich“ mache, so Krauss.

BUND: Wer mehr Wohnungen baut, muss auch für genug Freiflächen sorgen

„Die meisten Städte stehen vor dem Problem, dass sie mehr Grünflächen schaffen und mehr Bäume pflanzen müssen“, sagte Christian Hönig, Fachreferent für Baumschutz beim Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND). Berlin ruhe sich auf seinem Ruf aus, die grüne Metropole Europas zu sein. „Mit diesem Pfund wird schnell gewuchert, noch schneller ist es verspielt“, warnt Hönig. „Wer mehr Wohnungen bauen will, muss auch dafür sorgen, dass es für die Menschen ausreichend Freiflächen gibt.“ Die Stadt müsse entsiegelt werden, um Regen speichern zu können, die noch bestehenden Lebensräume von Tieren und Pflanzen müssten aufgewertet und miteinander vernetzt werden, so Hönig.

vom 29.09.2022

Im Herbst beginnt die Fällzeit

Bündnis fordert: Schluss mit dem Abholzen der grünen Innenhöfe!

29.09.22, 10:41 Uhr | Von Stefanie Hildebrand

Mit Hofkonzerten hatte die Bürgerinitiative „Grüner Kiez Pankow“ sich gegen Verdichtung gewehrt. Sie ist Teil des mittlerweile viel größeren Bündnisses für Nachhaltige Stadtentwicklung, dem Mieterinitiativen und Naturschutzverbände, aber auch Architekten angehören. Bürgerinitiative Grüner Kiez Pankow

Kurz vor Beginn möglicher Baumfällungen ab dem 1. Oktober hat sich ein Bündnis von Umweltverbänden und Mieterinitiativen für den Erhalt grüner Innenhöfe und eine geänderte Neubauplanung in Berlin ausgesprochen.

„Viele Bäume und Grünflächen sind akut gefährdet“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. „Und das, obwohl im Land Berlin seit 2019 die vom Senat ausgerufene Klimanotlage besteht.“ Senat und Bezirke sollten keine Rodung und Bebauung von Grünflächen, sozial genutzten Freiflächen und grünen Innenhöfen mehr zulassen. Der Senat solle ein entsprechendes Moratorium erlassen.

„Die Innenhöfe haben nicht nur erhebliche Bedeutung für Klimasicherheit und Artenvielfalt, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt und aktive Nachbarschaften in der Hauptstadt“, sagte die Sprecherin des Berliner Bündnisses Nachhaltige Stadtentwicklung, Britta Krehl. In dem Bündnis haben sich 30 Bürgerinitiativen aus Berlin zusammengeschlossen, die sich gegen Projekte der Nachverdichtung und Versiegelung zur Wehr setzen.

Berlin muss seine vorhandenen Grünflächen schützen

„Solange nicht alle anderen Potenziale auf bereits versiegelten Flächen ausgeschöpft sind, dürfen begrünte Innenhöfe nicht bebaut werden“, fordert Carola Krauss vom Naturschutzbund (Nabu).

„Die meisten Städte stehen vor dem Problem, dass sie mehr Grünflächen schaffen und mehr Bäume pflanzen müssen“, sagte Christian Hönig, Fachreferent für Baumschutz beim Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND). Berlin ruhe sich auf seinem Ruf aus, die grüne Metropole Europas zu sein. „Mit diesem Pfund wird schnell gewuchert, noch schneller ist es verspielt“, warnt Hönig.

„Wer mehr Wohnungen bauen will, muss auch dafür sorgen, dass es für die Menschen ausreichend Freiflächen gibt.“ Die Stadt müsse entsiegelt werden, um Regen speichern zu können, die noch bestehenden Lebensräume von Tieren und Pflanzen müssten aufgewertet und miteinander vernetzt werden, so Hönig.

Berliner Morgenpost

vom 29.09.2022

Wohnungsbau in Berlin

„Klimaanlagen der Stadt“: Allianz will Berlins Höfe retten

Bürger und Architekten protestieren gegen Nachverdichtung in Ost-Berliner Höfen. Wohnungsbau soll es geben – nur anders.

TAGESSPIEGEL

vom 29.09.2022

Anwohner, Naturschützer und Architekten fordern Baustopp in grünen Innenhöfen

Veröffentlicht am 29.09.2022 von Christian Hönicke

„Schluss mit dem Abholzen der grünen Innenhöfe“ – stattdessen ein Fäll-Moratorium durch den Berliner Senat: Das fordern das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung (BBNS), der BUND Berlin, der NABU Berlin sowie „Architects for Future Berlin“ in einer gemeinsamen Stellungnahme. Statt grüne Wohnhöfe in Berlin zu bebauen, müssten „andere Möglichkeiten zur Wohnraumschaffung unbedingt primär genutzt werden“.

Im Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung sind derzeit 30 Bürgerinitiativen vereint, die sich in ganz Berlin mit Nachverdichtung und Versiegelung konfrontiert sehen. Die meisten von ihnen befinden sich im Ostteil der Stadt. Da die DDR-Bauplanung vom Senat nicht anerkannt wird und neue Bebauungspläne bislang fehlen, „werden die ursprünglich als Frei- und Grünflächen vorgesehenen Innenbereiche von Wohnanlagen seit einigen Jahren sukzessive bebaut“. Dies habe „verheerenden Folgen“, mindere die Lebensqualität der Menschen und schwäche die Klimaresilienz der Stadt.

Mit dem Beginn der „Fällperiode“ am 1. Oktober seien wieder viele Bäume und Grünflächen akut gefährdet. Und das, obwohl im Land Berlin seit 2019 die vom Senat ausgerufene Klimanotlage bestehe, so das Bündnis. „Dennoch betont der Senat grüne Innenhöfe, Spielplätze und andere sozial genutzte Freiflächen bis zur Höchstlast zu. Davon sind insbesondere grüne Höfe im Osten Berlins betroffen.“

Anwohner und Umweltverbände fordern nun „mit allem Nachdruck vom Senat und den Bezirken“:

- Keine Rodung und Bebauung von Grünflächen, sozial genutzten Freiflächen und grünen Innenhöfen
- Erlass eines Moratoriums durch den Senat
- Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten zur Wohnraumschaffung vor Neuversiegelung
- Überprüfung aller Neubaupläne auf Klimatauglichkeit

„Solange nicht alle anderen Potenziale auf bereits versiegelten Flächen ausgeschöpft sind, dürfen begrünte Innenhöfe nicht bebaut werden“, fordert **Carola Krauss**, Mitglied im NABU Landesvorstand Berlin. Begrünte Höfe, Parks, Grünflächen und Spielplätze seien „kein Bauland“, so die Sprecherin des Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung, **Britta Krehl**. „Sie sind für unsere Zukunft essenziell und müssen geschützt und ausgeweitet werden.“

Die Präsidentin der Architektenkammer Berlin kritisiert das Defizit, dass nach derzeitigem Recht nahezu der gesamte Berliner Osten als „unbeplanter Innenbereich“ gilt, der ohne größere Hürden nach dem „Lückenschlussprinzip“ nachverdichtet werden kann. „Wir brauchen qualifizierte B-Pläne, um begrünte Höfe in verdichteten Gebieten als grüne Lungen für das Stadt- und das soziale Klima zu schützen“, sagt **Theresa Keilhacker**. Dieses Manko hatte auch das Bezirksamt Pankow auf Tagesspiegel-Nachfrage bereits zugegeben, sieht sich aufgrund von Personalnot aber nicht in der Lage, die geforderten Bebauungspläne aufzustellen. Auch Dachaufstockungen könnten ein Weg aus diesem Dilemma sein, so Keilhacker.

„**Die meisten Städte** stehen vor dem Problem, dass sie mehr Grünflächen schaffen und mehr Bäume pflanzen müssen“, sagt **Christian Hönig**, Fachreferent für Baumschutz beim BUND. „Berlin ruht sich auf seinem Ruf aus, die grüne Metropole Europas zu sein.“ Dieses Pfund werde derzeit verspielt, Berlin brauche „ein neues Konzept und neue Regeln“.